

Sofortinformation über die digitale Beratung des Parteirates der Partei Die Linke am 21./22. Juni 2025

Der Parteirat kam am 21./22. Juni digital zu seiner zweiten Beratung in diesem Jahr zusammen.

Die Beratung begann mit der Auswertung des vergangenen Parteitags, welcher im Mai 2025 in Chemnitz stattfand. Bundesgeschäftsführer Janis Ehling eröffnete den Tagesordnungspunkt mit einleitenden Worten. Der Parteivorstand stuft den Chemnitzer Parteitag als grundsätzlich gelungen ein, die mediale Aufmerksamkeit war zufriedenstellend und nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag mit 8,8% die Stimmung unter den Delegierten gut, wenn man bedenkt, dass der Parteitag auch so arrangiert werden musste, dass wir uns mit einer Wahlniederlage hätten auf diesem auseinandersetzen müssen. Organisatorisch sahen sich die Verantwortlichen aus der Bundesgeschäftsstelle mit einer Bedrohung rechter Nazigruppen konfrontiert, weshalb beim Chemnitzer Parteitag die Sicherheitsmaßnahmen entsprechend verschärft und mehr Securityfirmen beauftragt werden mussten. Aus den Reihen des Parteirates wurden die logistische Situation bezüglich der Hotelzimmer in Chemnitz und die Abgeschiedenheit des Marktes der Möglichkeiten kritisiert. Janis Ehling sicherte zu, die geäußerte Kritik in die Auswertungsrunden des Organisationsbüros des Parteitages mitzunehmen und bei künftigen Planungen zu berücksichtigen. Inhaltlich machte der Parteitag im Chemnitz eine gute Figur, Änderungsanträge zum Leitantrag wurden diszipliniert behandelt und dieser final mit großer Mehrheit beschlossen. Der Umgang mit weiteren Anträgen und deren zeitliche Einordnung müssen überdacht werden. Für einen Bericht aus dem Frauen- und dem FLINTA*Plenum nahm Kathrin Gebel, MdB und Mitglied des Parteivorstandes, an der Beratung teil. Unglückliche Formulierungsfehler sorgten für Unmut bei den Delegierten. Satzungsgemäß ist das Frauenplenum fester Bestandteil unserer Parteitage, die unklaren und nicht einheitlichen Formulierungen in den Parteitagsdokumenten stifteten Verwirrung und unterschiedliche Erwartungshaltungen bei den Delegierten, weshalb kurzerhand ein Frauen- und ein FLINTA*Plenum parallel stattfanden. Hier wird der Parteivorstand für kommende Parteitage anders planen und besser auf eine einheitliche Formulierung achten. Im Anschluss an die Auswertung des Parteitages befasste sich der Parteirat mit den zwei an ihn überwiesenen Anträgen des Chemnitzer Parteitages und den dazugehörigen Änderungsanträgen. Der Antrag G.04 »Solidarität mit Menschen in der Sexarbeit« und ein dazugehöriger Ersetzungsantrag wurden an die Feministische Kommission überwiesen. Der Antrag G.06 »Zeit für Haltung gegen Kriminalisierung der Palästina-Solidarität – Für Menschenrechte und Frieden« musste verschoben werden, da die Antragstellenden ihre Teilnahme kurzfristig absagen mussten.

Im weiteren Verlauf beschäftigte sich der Parteirat mit aktuellen Entwicklungen und Vorhaben rund um die Europäische Linke. Janis Ehling nahm als Bundesgeschäftsführer am Gründungsparteitag der ELA (European Left Alliance) in Portugal teil. Hier waren neben der Gründung die europäische Rechtsentwicklung und antifaschistischen Strategien Kernthemen. Claudia Haydt, Mitglied des Vorstandes der Europäischen Linken, berichtete aus ebendiesem. Zum Ende des Tagesordnungspunktes beschloss der Parteirat ein Wahlverfahren für die Gremien (Vorstand, Sekretariat, Präsidium) und Delegierten der Europäischen Linken. Der Parteirat wird im Oktober

2025 die Wahlen der Delegierten und die Nominierungen für die EL-Gremien vornehmen. Das Präsidium wurde beauftragt einen Zeitplan für die Bekanntmachung der Wahl und Aufruf für Kandidaturen zu erstellen und parteiintern bekannt zu machen.

Die Anerkennung bundesweiter Zusammenschlüsse war nächstes großes Schwerpunktthema der Beratung. Hier begrüßte der Parteirat Daniel Wittmer als Leiter der Bundesgeschäftsstelle. Dem Parteirat obliegt es, Bundesarbeitsgemeinschaften als bundesweite Zusammenschlüsse anzuerkennen, wenn sie die allgemein gültigen Kriterien nicht erfüllen, dennoch aber eine Anerkennung aus anderen Gründen erfolgen könnte. In der Vergangenheit ist die regelmäßige Prüfung der anerkannten bundesweiten Zusammenschlüsse nicht zufriedenstellend und die Anerkennung ein wenig willkürlich erfolgt, weshalb der Parteirat hier klarere Verfahrensweisen beschließen möchte. Daniel Wittmer erarbeitet derzeit einen Vorschlag und stellte den aktuellen Zwischenstand dar. Eine Beschlussfassung auf der nächsten Beratung wird angestrebt.

Letzter Tagesordnungspunkt des ersten Beratungstages waren Strukturelle Zuständigkeiten und der Aufbau der Partei. Zu diesem lagen sowohl der abschließende Gesamtmitgliederbericht des Kalenderjahres 2024 als auch der Mitgliederbericht des ersten Quartals 2025 vor. Über die Integration der vielen neuen und vorallem jungen Mitglieder, deren Erwartungshaltungen und die Neugründungen und Revitalisierungen von Kreisverbänden wurde sich verständigt und ausgetauscht.

Am Sonntag den 22. Juni begann der Vormittag für den Parteirat mit der Verständigung über den Programmprozess der Partei. Hierzu wurde eine Informationsvorlage zum aktuellen Stand zur Kenntnis genommen. In dieser heißt es: »Die Diskussion zum Grundsatzprogramm soll im Zeitraum vom Herbst 2025 bis zum Herbst 2027 geführt werden. Ziel ist, auf dem Bundesparteitag im Herbst 2027 die Ergebnisse zu beschließen.« Über die inhaltliche und strukturelle Organisation des Programmprozesses wurde diskutiert.

Letzter Tagesordnungspunkt der zweitägigen Beratung war die Parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Bundestags- und Landtagsfraktionen. Der Parteirat begrüßte Jan Richter aus dem Büro der Fraktionsvorsitzenden und Monique von Cyron als Bund-Länder-Koordinatorin der Bundestagsfraktion. Nachdem sich das BSW abgespalten und Die Linke vor den Wahlen im Februar 2025 nur Gruppenstatus im Bundestag hatte, galt es eine neue Fraktion im Bundestag von der Pike auf neu aufzubauen. Letzter Schritt dieses Aufbaus sind die Vorstandswahlen der Fraktion und im Anschluss können sich die dann verantwortlichen Abgeordneten klarer und verbindlicher mit den Landtagsfraktionen verständigen. Wichtiges Instrument der Kommunikation zwischen der Bundestags- und den Landtagsfraktionen ist hierbei die Fraktionsvorsitzendenkonferenz, kurz FVK. Aus Sicht der Berliner Abgeordnetenhausfraktion berichtete Tobias Schulz. Ihr Hauptaugenmerk gilt in den kommenden Wochen und Monaten, in Hinblick auf parlamentarische Zusammenarbeiten, vorallem auf die Zusammenarbeit mit den Fraktionen ebenfalls wahlkämpfender Bundesländer, vorallem Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Gleiches berichtete Jeannine Rösler für die Fraktion aus Mecklenburg-Vorpommern und auch in Sachsen

wird sich Gedanken gemacht, wie man wahlkämpfende Länder bundeslandübergreifend unterstützen kann, so Stefan Hartmann. Die Fraktionen aus Bremen und Hamburg und auch die Mitglieder der Gruppe im Europaparlament mussten sich leider entschuldigen. Der Parteirat tauschte sich zu möglichen übergreifenden Zusammenarbeiten der Fraktionen aus. Themen hier waren Gesundheitspolitik, Finanzierung der Kommunen, Vermögenssteuer, die Mietenkampagne und künftige Zusammenarbeiten mit Bündnispartner*innen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden.

Die nächste Beratung findet am 11./12. Oktober in Berlin statt.

25. Juni 2025

Präsidium des Parteirates:

Gunhild Böth, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Cornelia Swillus-Knöchel, BAG LISA

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Hermann Schaus, Hessen